

ÖKONOMISCHE INSTRUMENTE FÜR EINE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft erfordert eine Neuausrichtung der Marktmechanismen in Richtung Ressourcenschonung. Um dies zu erreichen, können die EU und ihre Mitgliedstaaten Anreize für jene Praktiken schaffen, die Ressourcenschonung fördern und jene sanktionieren, die auf Verschwendung ausgerichtet sind. Ökonomische Instrumente, wie Steuern oder finanzielle Anreize, welche die

Auswirkungen von Produktion und Konsum eines Gutes auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt berücksichtigen, spielen hierbei eine wichtige Rolle. Denn durch klare Preissignale an HerstellerInnen und KonsumentInnen können sich kreislaufwirtschaftsfreundliche Geschäftsmodelle eher entwickeln und schneller zum Mainstream werden.

HINTERGRUND

Ökonomische Instrumente werden in Europa in unterschiedlichem Maße in der Abfallwirtschaft eingesetzt, aber sie werden nicht systematisch genutzt und ihr Potential nicht gänzlich ausgeschöpft. Zur Reduktion des Abfallaufkommens besteuern einige Regionen oder Länder Deponierung und Verbrennung, andere nutzen Pay-As-You-Throw-Systeme (verursacherbezogenes Abfallgebührensysteem). Weiters gibt es Pfandsysteme, die die Sammelquoten bestimmter Produkte erhöhen. Konzepte der erweiterten Herstellerhaftung bewerten die Umweltauswirkungen eines Produktes am Ende seiner Lebensdauer und rechnen die Kosten bereits in den Produktpreis ein. Es gibt auch andere Arten von Belohnungen für BürgerInnen, die sich für umweltfreundliche Einkäufe entscheiden, wie zum Beispiel Öko-Schecks oder Rabatte für energieeffiziente Geräte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten könnten die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente noch besser nutzen, um ressourceneffizientere Aktivitäten zu fördern.

In erster Linie werden diese ökonomischen Instrumente von den Mitgliedstaaten und nicht von der EU eingesetzt. Obwohl die

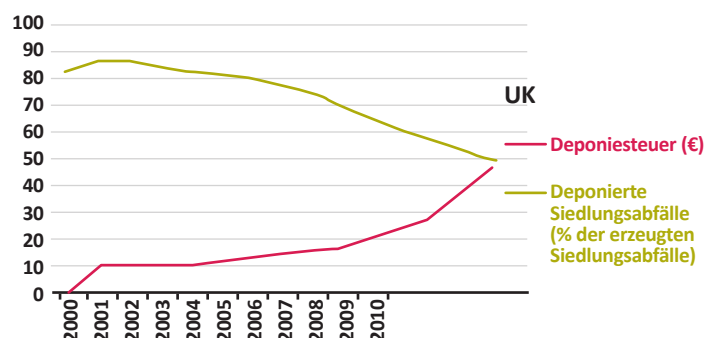
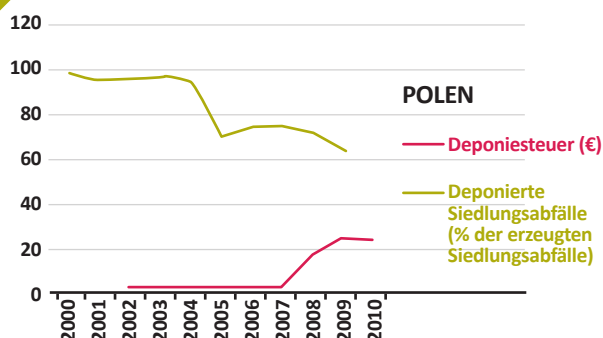
Mitgliedstaaten eine gewisse Flexibilität in Bezug auf diese Instrumente beibehalten sollten, wäre die Einführung von EU Mindestvorschriften für ihre Anwendung wünschenswert.

Erstens würde dies dazu beitragen, dem Trend entgegenzuwirken, dass kleinere Mitgliedstaaten oft nicht die Kraft und die Ressourcen haben, diese Art von ökonomischen Instrumenten zu entwickeln oder dem Druck großer Unternehmen standzuhalten. Zweitens könnten durch einen stärker harmonisierten Binnenmarktansatz bessere Ergebnisse erzielt werden. Wenn beispielsweise ein Deponiesteuersatz zu niedrig angesetzt ist, dann werden dadurch Initiativen geschwächt, die versuchen, die Menge an getrennt gesammelten Abfällen zu erhöhen. Oder wenn zum Beispiel Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung nicht die vollen Kosten für die ordnungsgemäße Sammlung, Behandlung oder Verwertung decken, sind Kommunen nicht in der Lage, die gesamte Infrastruktur selbst einzurichten. Die EU muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit diese ökonomischen Instrumente erfolgreich funktionieren.

DATEN UND FAKTEN

A

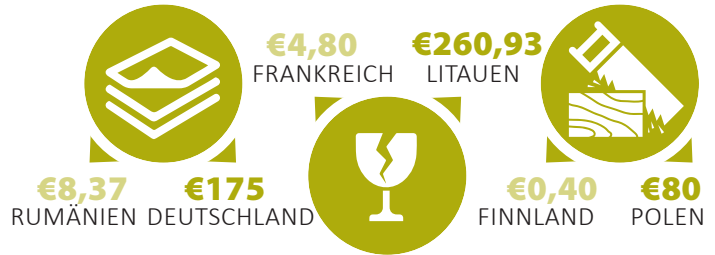
Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen den Deponiesteuern und den Mengen deponierter Siedlungsabfälle [1].



B Unterschiede in den Pay-As-You-Throw-Systemen in Europa [2]

IN EINIGEN REGIONEN IN DER EU WURDEN **PAY-AS-YOU-THROW-SYSTEME** EINGEFÜHRT, DIE DEN RESTMÜLL **ERHEBLICH REDUZIEREN KÖNNEN**, WENN SIE RICHTIG KONZIPIERT WERDEN.

C Unterschiede in den Gebühren, die von den HerstellerInnen in Systemen der erweiterten Herstellerverantwortung gezahlt werden [3]

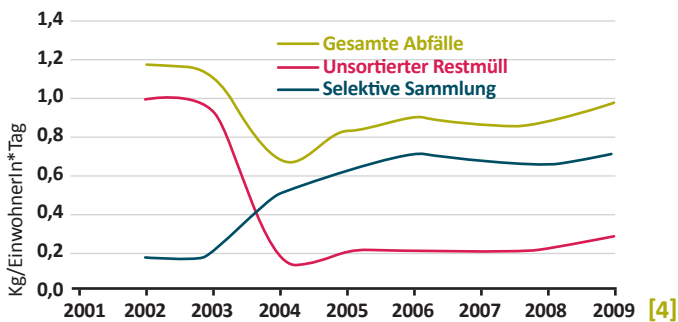


FALLSTUDIEN

ITALIEN

Die Einführung von Pay-As-You-Throw-Systemen in Teilen Italiens hat zu einem deutlichen Rückgang der nicht getrennten Abfallmengen (Restmüll) und zu einer verstärkten Trennung von recycelbaren und kompostierbaren Materialien geführt. Das System hat sowohl in Kleinstädten als auch in Großstädten zu positiven Ergebnissen geführt [4].

DOGLIANI, NORDWEST ITALIEN: Dogliani, eine Stadt mit 5.000 EinwohnerInnen, hat mit dem Pay-As-You-Throw System enorme Verbesserungen bei der getrennten Sammlung erzielt.



FRANKREICH hat Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung für verschiedene Produkttypen wie z.B. Elektro- oder Elektronikschrott, Verpackungen, Möbel



und Papier. Das bedeutet, dass die Kosten für die Entsorgung des Produktes von Anfang an in dem vom Nutzer bzw. der Nutzerin bezahlten Kaufpreis eingepreist werden.

Die Systeme werden entsprechend der Recyclingfähigkeit des Produkts angepasst: Je besser das Material recycelbar ist, desto niedriger ist die Gebühr.

Dies ist im Wesentlichen ein Anreiz für die HerstellerInnen, ihre Produkte so zu entwerfen, dass sie einfacher wiederzuverwerten sind. Zum Beispiel zahlen HerstellerInnen, die Staubsauger mit bromierten Flammenschutzmittel im Kunststoff auf dem Markt anbieten 20% mehr als HerstellerInnen, die diese gefährliche Substanz nicht verwenden [5].

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- Verbindliche Festlegung ökonomischer Instrumente in den nationalen Abfallwirtschaftsplänen, bevor sie gemäß Artikel 28 der Abfallrahmenrichtlinie notifiziert werden können. Die Kommission sollte nationale Abfallbewirtschaftungspläne nur dann genehmigen, wenn ökonomische Instrumente eingesetzt werden und die Einhaltung von EU-Mindeststandards gewährleistet ist
- Festlegung von Mindestanforderungen für die Verwendung von Systemen der erweiterten Herstellerverantwortung für Abfallströme jenseits von Elektro- und Elektronikschrott und Verpackungen
- Definition von EU-weiten Kriterien, mit deren Hilfe die Gebühren je nach Eigenschaften des Produkts (z.B. seiner Toxizität, Reparierbarkeit, Recyclingfähigkeit oder Haltbarkeit) bestimmt werden sollen. Die Anforderungen müssen auf EU-Ebene festgelegt werden, damit die HerstellerInnen einem und nicht 28 verschiedenen Regelwerken unterliegen
- 100% der Nettokosten für Sammlung, Behandlung und Recycling müssen von den HerstellerInnen übernommen werden
- Förderung und Festlegung von Leitlinien für Pfandrückerstattungssysteme zur Unterstützung von Mehrwegverpackungen und Erhöhung der Wertstoffsammlung
- Förderung von Pay-As-You-Throw-Systemen für den Hausmüll zur Reduktion des unsortierten Mülls an der Quelle
- Aufforderung an EU-Mitgliedstaaten, Steuern auf Deponierung und Verbrennung schrittweise zu erhöhen
- Festlegung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Reparatur- und Wiederverwendungsaktivitäten und Erhöhung der Steuern auf nicht reparierbare Produkte oder nicht wirtschaftlich verwertbares Material
- Bereitstellung europäischer Mittel für innovative Wirtschaftsinstrumente wie Abfallverwertungsverträge (waste performance contracts) oder Praktiken zur Förderung zirkulärer Geschäftsmodelle (z.B. Leasing, Sharing)



Circular Futures
Plattform
Kreislaufwirtschaft
Österreich



Mit Unterstützung von Bund und Europäischer Union

Bundesministerium
Nachhaltigkeit und
Tourismus

LE 14-20
Erneuerung für ein Leben in Europa

Europäische
Landwirtschaftspolitik für
die Entwicklung des
ländlichen Bereichs
Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete

